



HAGEN AKTIV
Fraktion im Rat der Stadt Hagen, Rathausstraße 11, 58095 Hagen

Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Tel.: 0 23 31 / 207 – 55 28

Fax: 0 23 31 / 207 – 55 30

fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de

Internet: www.fraktion-hagen-aktiv.de

01. Oktober 2019

Pressemitteilung

Hagen Aktiv fordert: „LKW-Durchgangsverkehr bereits an Autobahn unterbinden“

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität am 11.09.2019 hat dieser einige Maßnahmen beschlossen, mit denen der Lasterverkehr durch die City eingedämmt werden soll, u. a. Ausweitung des LKW-Fahrverbots am Remberg, Sperrung Feithstraße und Heinitzstraße ab Bülowstraße für LKW's und Prüfung weiterer Schritte nach der Eröffnung der Bahnhofshinterfahung.

Der Ratsfraktion Hagen Aktiv geht dieser Beschluss nicht weit genug. „Hagen braucht eine Komplett-Lösung, um die LKW-Durchgangsverkehre in der ganzen Stadt zu unterbinden“, fordert der Fraktionsvorsitzende Dr. Josef Bücker. „Mit der Sperrung einzelner Bereiche wird man des Problems nicht Herr, denn aufgrund der Tallage Hagens lässt sich schädliche Luft nicht beliebig verteilen oder gar ableiten“. Vielmehr müsse es Hauptanliegen sein, den reinen Durchgangsverkehr auf die Bundesautobahnen zurückzuverlagern, abkürzenden Lkw-Verkehr durch Hagen zu unterbinden und nur noch den Schwerverkehr zuzulassen, der sein Ziel in der Stadt hat.

Bereits im November 2018 sollte die Verwaltung beauftragt werden, ein wirksames Konzept zur deutlichen Reduzierung von LKW-Durchgangsverkehren zu entwickeln, so ein gemeinsamer Antrag von Hagen Aktiv, CDU und FDP damals.

„Leider konnte sich der Umweltausschuss nicht zu einer Beschlussfassung durchringen“, bemängelt auch Ratsherr Michael Gronwald die schleppende Befassung mit der Angelegenheit. „Auch die von der Verwaltung in einem ersten Treffen mit Polizei und Politik versprochene, weitergehende Verkehrszählung durch ein Sachverständigenbüro ist bislang nicht organisiert worden“.

Dabei, so Gronwald weiter, sei es ein Leichtes, unter Einbindung von Straßen NRW und der Bezirksregierung Arnsberg die Verhinderung der Transitverkehre bereits auf den Autobahnen einzuleiten. Die Straßenverkehrsordnung lasse eine entsprechende Beschilderung zu. Und auch die dann zwingend erforderliche Kontrolle zur Einhaltung der neuen Regelungen sei aus seiner Sicht möglich, ohne der Polizei Zusatzaufgaben über das normale Maß hinaus aufzubürden.

„Den Bürgern brennt das Problem extrem auf den Nägeln, Die Verwaltung muss jetzt das Gespräch mit den zuständigen Stellen suchen und das LKW-Problem ganz oben auf die Agenda setzen“, so Gronwald abschließend.

